

südwest**blick**



so klar. Die Kirchen verlangten jüngst, die Renditeziele der Unternehmen zu beschränken, die Gewerkschaften wollen ein deutlich größeres Konjunkturprogramm, einige Wirtschaftsinstitute fordern Steuersenkungen.

Vor diesem Hintergrund legte die Bundesregierung einen hübschen Eiertanz hin. Das »Rettungspaket« für die Banken war schnell geschnürt, denn ein Zusammenbruch des Finanzsystems hätte unabsehbare Konsequenzen für den Rest der kapitalistischen Wirtschaft gehabt. Für diesen Rest wurde dann aber nur ein ziemlich kleines Konjunkturprogramm beschlossen, für das man anfangs sogar noch die Bezeichnung Konjunkturprogramm vermeiden wollte. Das klingt zu sehr nach Keynesianismus, und der wurde ja schon längst, ob der offensichtlichen Überlegenheit deregulierter Märkte, entsorgt.

Sowohl einige Unternehmer als auch manche durchaus konservative Wirtschaftskommentatoren und die Gewerkschaften forderten jedoch mehr. Die Bundesregierung wollte aber nicht und nahm auch eine Verstimmung mit den Regierungen Frankreichs und Englands in Kauf, die bereit sind, viel Geld in die Hand zu nehmen, um die Nachfrage anzukurbeln, und die beide auf koordinierte europäische Aktionen drängten. Noch auf dem CDU-Parteitag Ende November erklärte Kanzlerin Angela Merkel, dass das kommende Jahr »sehr schwierig« werde, doch wolle man nicht in blinden Aktionismus verfallen. Mehr als das bereits Beschlossene sei erst mal nicht nötig.

Fortsetzung auf Seite 2

Die Leiden des ideellen Gesamtkapitalisten

Armer Staat! Damit es »unserer Wirtschaft« gut gehe, versucht er sein Bestes, weiß aber nicht recht wie.

Von Michael Heinrich

Friedrich Engels bezeichnete den Staat treffend als »ideellen Gesamtkapitalisten«. In der marxistisch-leninistischen Tradition wurde dies etwa nach der Stamokap-Theorie (Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus) in die simple Vorstellung übersetzt, Regierungen seien »Marionetten«, die an den Fäden der Monopole zappeln würden.

Kritische marxistische Strömungen (für die unter anderem die Namen Nicos Poulantzas oder Johannes Agnoli stehen) zeigten, dass solche Vorstellungen, obwohl sie in manchen Fällen durchaus zutreffend sein mögen, grundsätzlich unzureichend sind, um staatliches Handeln zu erklären: Sind Regierungen von einzelnen Kapitalfraktionen abhängig, dann setzen sie deren Partikularinteressen durch, aber nicht das Interesse des Gesamtkapitals. Dementsprechend werden solche Abhängigkeiten, Einflussnahmen und korrupten Beziehungen auch in der bürgerlichen Öffentlichkeit skandalisiert.

Die Abhängigkeit zwischen Staat und Kapital ist struktureller Art. Ohne akkumulierendes Kapital sieht sich jede Regierung mit sinkenden Steuereinnahmen und steigenden Kosten für die wachsende Zahl von Arbeitslosen konfrontiert. Deshalb wird sie auch alles daran setzen, dass es »unserer Wirtschaft« gut geht. Staat und Regierung müssen den einzelnen Unternehmen und Kapitalfraktionen gegenüber unabhängig sein, um das kapitalistische Gesamtinteresse und die besten Wege zu seiner Durchsetzung bestimmen zu können. Dies kann zuweilen ganz schön schwierig sein, da es nicht immer auf der Hand liegt, wie diesem Gesamtinteresse am besten gedient werden kann. Die gegenwärtige Situation bietet dafür ein anschauliches Beispiel.

Alles wird noch viel schlechter werden. So lässt sich die Botschaft zusammenfassen, die Politiker, Unternehmer und die unvermeidlichen »Wirtschaftsexperten« seit Wochen von sich geben. Was man gegen den angeblich drohenden Absturz der Wirtschaft allerdings machen kann, das ist längst nicht

DIE LINKE.

Bezirksverband
Steglitz-Zehlendorf

südwest**blick**

Ausgabe 1/2009

die-linke-steglitz-zehlendorf.de

Die Leiden des ideellen Gesamtkapitalisten



Foto: Archiv

Fortsetzung von Seite 1

Das Verfallsdatum dieser Aussage war bereits nach wenigen Wochen erreicht. Im Dezember lud die Regierung Gewerkschaften und Unternehmerverbände zu einem »Krisengipfel« ein, ohne dass jedoch ein Konzept dafür existierte, was dieser Gipfel eigentlich erreichen sollte, und so wurde auch nichts erreicht, außer dass man mal wieder miteinander geredet hatte. Vor Weihnachten wurde dann, ganz entgegen den soeben gemachten Beteuerungen, für den Januar ein zweites, größeres Konjunkturprogramm angekündigt. Über dessen Umfang und Ausgestaltung wird derzeit gestritten. In diesem Stil wird es wohl noch eine Weile weitergehen. Man wolle ja nicht nur Geld ausgeben, um die Wirtschaft anzukurbeln, sondern auch sparen, um den Staatshaushalt zu konsolidieren, heißt es aus Regierungskreisen.

Schuldenabbau bei gleichzeitigen Steuerensenkungen hieß bislang das Konsensprogramm sowohl von Rot-Grün als auch von Schwarz-Rot. Steuerensenkungen kommen vor allem den Großverdienern und mit der Unternehmenssteuerreform auch den Unternehmen zugute. Dafür wurde bei den Sozialausgaben gespart, dass es nur so krachte. Im Resultat ergab dies ein enormes Umverteilungsprogramm, das durchschlagenden Erfolg hatte: Sowohl die Armutsrate als auch der Anteil des Gesamteinkommens, der auf die Spitzenverdiener entfällt, sind in Deutschland kontinuierlich angestiegen.

Doch jetzt sieht alles anders aus. Dem stark exportorientierten deutschen Kapital würde ein nationales Konjunkturprogramm nicht viel helfen, dafür aber um so mehr die Konjunkturprogramme von Ländern, die deutsche Waren importieren. Nicht aus Sorge über die deutsche Wirtschaft waren Sar-

kozy und Brown über die konjunkturpolitische Zurückhaltung der Bundesregierung so erbost, sondern weil sie befürchteten, dass die deutsche Regierung mal wieder zum Trittbrettfahrer der Konjunkturprogramme anderer europäischer Länder werden würde. Bei weiterhin niedrig bleibenden deutschen Löhnen würden die deutschen Unternehmen ihre Konkurrenzvorteile sogar noch ausbauen. Doch auch wenn die Exportwirtschaft

in Deutschland dominiert, ist die Produktion für den Binnenmarkt nicht unwichtig. Die Autoindustrie exportiert nicht nur, sie produziert auch eine Menge fürs Inland, und vor allem die Bauwirtschaft und ihre Zulieferer sind binnenmarktorientiert. In erster Linie auf sie soll wohl das zweite Konjunkturprogramm mit seinen verschiedenen Infrastrukturmaßnahmen abzielen.

Die staatliche Politik muss aber nicht nur einen Mittelweg zwischen den divergierenden Interessen der unterschiedlichen Kapitalfraktionen finden. Als ideeller Gesamtkapitalist muss der Staat nicht nur das kapitalistische Gesamtinteresse bestimmen und durchsetzen, die entsprechenden Maßnahmen müssen gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung auch legitimiert werden. Ein funktionierender Kapitalismus ist auf eine zumindest passive Zustimmung derjenigen angewiesen, die letzten Endes die Zeche zahlen müssen. Fehlt

dieses vielleicht auch widerwillige sich fügen, dann bleibt nur noch die massenhafte staatliche Repression, und die ist für das Kapital auf Dauer jedenfalls geschäftsschädigend.

Wie es um die Legitimation der staatlichen Politik bestellt ist, kann 2009 sehr sichtbar werden, angesichts von fünf Landtagswahlen, der Europa- und der Bundestagswahl. Für die Regierungsparteien gilt es schon aus unmittelbarem Eigeninteresse, die Zustimmung der Wähler zu ihrer Politik zu organisieren, für die parlamentarische Opposition geht es darum, eine »realistische« Alternative abzugeben. Bislang war der angestrebte ausgeglichene Haushalt die unantastbare Grundlage des Regierungshandelns der Großen Koalition. Nur sehr zögernd ist sie bereit, sich von diesem Mantra zu verabschieden. Darin drückt sich nicht nur die Befangenheit in der neoliberalen Ideologie aus. Nicht wenige Politiker dürften den Unsinn über die Segnungen des freien Marktes und die absolute Schädlichkeit der Staatsschulden geglaubt haben.

Jetzt geht die Unsicherheit um, wie die Wähler reagieren werden, wenn all das, was gestern noch als quasi-religiöse Wahrheit verkündet wurde, heute so mir nichts, dir nichts über den Haufen geworfen wird. Allerdings könnte es auch sein, dass die Wähler bei wieder steigenden Arbeitslosenzahlen gerade Untätigkeit nicht verzeihen würden. Vielleicht würden sie dann sogar in noch größerem Umfang die Linkspartei wählen oder, schlimmer noch, auf die Straße gehen und versuchen, selbst etwas zu ändern. Was man auch macht, es könnte das Falsche sein – diese Angst ist den regierenden Politikern deutlich anzumerken. Es ist einfach keine leichte Aufgabe, in diesen Zeiten als ideeller Gesamtkapitalist zu fungieren.

Mit freundlicher Genehmigung der Jungle World
Der Autor ist Redaktionsmitglied von »PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft« (www.prokla.de) und Autor von »Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung«, Stuttgart: Schmetterling

Der Finanzmarkt-Kapitalismus und seine neoliberale Ideologie sind gescheitert. Wir befinden uns in einer tiefen Krise von Demokratie und Gesellschaft. Die öffentliche und demokratische Kontrolle des gesamten Finanzsystems muss jetzt durchgesetzt werden. Die Kosten der Krise müssen wesentlich von den Profiteuren des Finanzmarkt-Kapitalismus getragen werden.

Deshalb fordert DIE LINKE eine Vermögensabgabe auf höchste und hohe Geldvermögen in Deutschland (Milliardärs- und Millionärssteuer) zur Finanzierung eines öffentlichen Investitionsprogramms und zur Sicherung der Existenz kleiner und mittlerer Unternehmen.

Parteivorstand DIE LINKE

Wie raus aus der Finanzkrise?

Und was hat der Bezirk Steglitz-Zehlendorf damit zu tun?



Zeichnung: ver.di

Die kapitalistische Weltwirtschaft steht vielleicht an der Schwelle ihrer schwersten Krise seit der großen Depression der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Aber was hat die Weltwirtschaft mit dem wohlhabenden Bezirk Steglitz-Zehlendorf zu tun? Blickt man sich in den Kaufhäusern auf der Schloßstrasse um, meint man, es sei nichts passiert. Blicken wir aber im Bezirk genauer hin, können wir sehen, dass es schon jetzt genügend Probleme in unseren »wohlhabenden« Bezirk gibt. In Steglitz-Zehlendorf haben wir viele Menschen, die von Hartz IV leben müssen und oft nicht wissen, wie sie über die »Runden« kommen sollen. Hier leben Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht und betroffen sind. Im Bildungswesen herrscht Mangel an allen Ecken und Enden; das betrifft die Personalausstattung als auch den Sanierungsbedarf. Der Zustand der Radwege im Bezirk ist katastrophal, z.B. in der Leonorenstrasse oder in der Goerzalle ist Radfahren lebensgefährlich. Die Sanierung des Stadtbads in der Bergstrasse erfordert riesige Summen, die gegenwärtigen Betreiber können das niemals aufbringen. Privatisierung der öffentlichen Daseinsfürsorge spart nicht, sondern führt zum Verfall, hier und überall!

Das waren nur einige Beispiele, aber eines kommt noch: wir leben in einem schönen »Grünen Bezirk«, aber in auch diesem Bezirk blüht ein »brauner Sumpf«. Besonders Jugendliche ohne Perspektive fallen auf die faschistischen Rattenfänger herein. Hier muss aufgeklärt, Jugendarbeit geleistet werden - aber auch hier wird gespart.

Was sollen diese Beispiele beweisen? Sie sollen zeigen, dass in unserem Land auch vor der Finanzkrise für notleidende Menschen und öffentliche Daseinsfürsorge nicht genügend Geld da war.

Alles Sparen der Regierung hatte ein Ende, als plötzlich und unerwartet Banken wankten. Wie durch Geisterhand wurden Milliarden-Beträge zur Rettung der Banken aufgetrieben, ein Konjunkturprogramm wurde aufgelegt, in dem die Kluft zwischen Arm und Reich nicht abgebaut wird.

Berlin hat bekanntlich ca. 60 Milliarden (60 000 000 000) Euro Schulden. Zur Ankurbelung der Konjunktur soll Berlin 600 Millionen (600 000 000) Euro vom Bund erhalten. Das entspricht etwa 1 Prozent der Schulden des Landes, für die täglich ungefähr ein Million Euro Zinsen und Tilgung aufgebracht werden müssen. Jetzt werden weitere Schulden gemacht. Noch nicht vorhersehbare Verluste in mehrstelliger Millionen Höhe durch »Cross Border Leasing« bei der BVG kommen auch noch auf das Land zu. Wer soll das bezahlen und wie? Wir, die steuerzahlenden Bürger sollen dafür aufkommen. Es ist eine riesige Umverteilung: wir kommen für die Zinsen auf und die Hilfen für die »notleidenden Banken« zahlen wir auch noch - die Bundesregierung macht's möglich.

Was tun? Was kann der Bürger aus Zehlendorf und Steglitz tun? Wir sagen: DIE LINKE unterstützen und wählen! DIE LINKE kann auch nicht zaubern - leider. Eine starke LINKE würde dafür eintreten, dass die Lasten der kapitalistischen Krise nicht nur auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung, den Hartz IV-Bezieher und den schwächsten Teilen der Gesellschaft abgewälzt wer-

den. DIE LINKE tritt ein für öffentliche und demokratische Kontrolle des gesamten Finanzsystems. Wir betrachten die Banken als Einrichtung der öffentlichen Daseinsfürsorge und treten deshalb langfristig für eine Vergesellschaftung der Banken ein. Neoliberale Ökonomen und die Superliberalen von der FDP würden einwenden, dass staatliche Kontrolle das Gegenteil bewirke, dass dort, wo der Staat Eigentümer sei, das größte Desaster angerichtet worden wäre. Ein Beispiel wären ihrer Meinung nach die Landesbanken. Diese aber haben ihre Verluste gemacht, weil sie nach neoliberalen Grundsätzen gewirtschaftet haben. Und: die Politik hat sie machen lassen! Teilverstaatlichung unter neoliberalen Bedingungen würde in der Tat nichts verändern, quasi nur die Verluste sozialisieren. Deshalb ist es nötig, eine neue, eine soziale Finanzpolitik zu entwickeln. Dazu gehört u.a. die Einführung der Tobinsteuer, Verbote von Hedgefonds, riskanten Spekulationsgeschäften sowie von Derivatgeschäften. In der Gesellschaft muss wieder die Einsicht vermittelt werden, dass Werte nur durch Hand- und Kopfarbeit geschaffen werden. Geld aber hat weder Kopf noch Hände! Die Meinung, der Markt könne alles regeln, ist durch die Praxis eindeutig widerlegt!

Eines ist gewiss: die Auswirkungen der Wirtschaftskrise machen um den Bezirk Steglitz-Zehlendorf keinen Bogen. Die 600 Millionen, die der Senat unter den zwölf Bezirken aufteilt, werden nicht viel mehr sein, als ein »Tropfen auf den heißen Stein«.

E. Speckmann

Attac Kapitalismus- Kongress 6. bis 8. März

Ist der Kapitalismus am Ende? Fast scheint es, als schaffe sich unser Wirtschaftssystem mit Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Energiekrise und Umweltkrise gerade selbst ab. Schluss mit globaler Armut und Hunger, Klimachaos und Ökoraubbau - jetzt ist es Zeit für eine Wende! Auf dem Attac Kapitalismus-Kongress analysieren wir Ursachen der Krise und diskutieren Alternativen: Ergebnisoffen und mit vielen spannenden Mitwirkenden aus aller Welt. Dieses Ereignis sollte man nicht verpassen! Gleich anmelden!

Und nach dem Kongress geht's in die Praxis: Auf zu den Demos am 28. März!

Die CDU Steglitz-Zehlendorf traut sich was!



Foto: Büro der BVV

»Unsere« Bezirksverordneten bei der Arbeit

Herr Torsten Hippe ist unlängst einstimmig zum Vorsitzenden der CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz/Zehlendorf gewählt worden und kaum einer hat's gemerkt.

Der Sturm der Entrüstung blieb aus, obwohl es noch gar nicht so lange her ist, dass der Christdemokrat Hippe »die Hauptstadt-CDU (und nicht nur diese) mit rechten Parolen zum 8.Mai« erschütterte (Die ZEIT, 14.4. 2005).

Ist diese Tatsache der Schnellebigkeit politischer Ereignisse geschuldet oder geht diese Nachricht im Finanzcrash baden. Nach dem Motto: Von unserer politischen Klasse sind wir deutlich Schlimmeres gewöhnt.

Oder ist solchen Äußerungen jetzt Absoluti- on zu erteilen, seitdem die Grünen mit Beginn dieser Wahlperiode und dem Eintritt in eine schwarz-grüne Zählgemeinschaft die CDU aus der braunen Schmutzdecke geholt haben.

Zumindest scheint Herrn Hippe, der damalige Tritt in die braune Brühe nicht geschadet zu haben. Hinzu kommt ein eher unauffälliges Verhalten in der Ära des Fraktionsvorsitzenden Marc Wesser, der nun zu Mitte Oktober aufgrund des desolaten Zustandes der Berliner CDU nach dem Rücktritt ihres Landesvorsitzenden das Handtuch geworfen hat. Hatte der Wolf Kreide gefressen?

Vergessen macht dieses Verhalten, dass Herr Hippe sich im Rahmen der Auseinandersetzungen über den Tag des 8.Mai als Tag der Befreiung fast um Kopf und Kragen geredet hatte.

Zur Erinnerung: Die Einzelverordnete der PDS hatte im Vorfeld des 60ten Jahrestages des 8.Mai 1945 im Herbst 2004 einen Antrag in die BVV eingebracht, in dem auch im Bezirk Steglitz/Zehlendorf dieser Tag »als Tag der Befreiung« feierlich begangen werden sollte. Die urlaubsbedingte Abwesenheit der Verordneten wurde, trotz Einwänden der Fraktionen der Grünen und der SPD, von FDP und CDU genutzt, den Text des Antrags grundlegend zu verändern und so inhaltlich zu pervertieren. Der Tenor der Formulierung bestand nun darin, gleichzeitig des Schicksals der »Verfolgten und Ermordeten des Naziregimes, der Kriegsoffer, Flüchtlinge, Vertriebenen, geschändeten Frauen und der Opfer des sinnlosen Bombenkriegs« zu gedenken (Antrag der FDP und CDU) und damit die Untaten der deutschen Tätergeneration zum Verschwinden zu bringen. Die Berlinweite Empörung war groß. Sie reichte von den Bürgern/innen des Bezirks über die russische Botschaft, die Gewerkschaften bis zur jüdischen Gemeinde. In der folgenden öffentlichen Debatte diskreditierten sich der ehemalige Bezirksbürgermeister Herbert Weber und der Bezirksverordnete Torsten Hippe nachhaltig. Ein Misstrauensvotum gegen den Bezirksbürgermeister scheiterte zwar, aber seine politische Karriere ist inzwischen beendet. Herr Hippe hatte in mehreren Interviews Gelegenheit, Stellung zu beziehen. So bezeichnete er die Bewertung dieses Tages als Tag der Befreiung als »oktroiierte DDR-Wertung«. Es war die Rede von Gegnern, die »ein intellektu-

elles Versailles« aufbauen würden und gipfelte in dem Stein des Anstoßes: »Ich kann nicht verhindern, dass ich in einzelnen Fragen den Positionen der NPD nahe stehe. Es ist möglich, dass man in Teilfragen zu gleichen Teillösungen kommt. Wichtig ist, dass meine Ansichten auf einem anderen Fundament stehen als die der NPD« (Die ZEIT, 14.4.2005).

Letzteres möchte schon sein, Herr Hippe!

Der damalige Fraktionsvorsitzende der CDU und jetzige Bezirksbürgermeister Norbert Kopp von Steglitz/Zehlendorf bezeichnete diese Äußerung als »politisch dumm«. Was will er damit sagen? Dass Erinnerungspolitik eine Frage des politischen Kalküls ist und derjenige politisch klug handelt, der mit seiner eigentlichen politischen Meinung hinter dem Berg hält? Und welche Rolle spielt Herr Hippe für die CDU Steglitz/Zehlendorf? Soll er die Partei weiterhin für die Klientel offen halten, die sie wegen ihres nach Rechts offenen Kurses wählt?

Nun, das Wohlverhalten des Herrn Hippe der letzten Jahre zahlt sich aus.

Es reicht für den Fraktionsvorsitz und er schwingt sich auch schon gleich zu neuen geschichtsrevisionistischen Taten auf. Diesmal versucht sich der gelernte Jurist auf einer neuen Bühne. Es geht um das dunkle Kapitel der deutschen Kolonialgeschichte anlässlich des Boxeraufstandes in China 1900/01, bei dem es zur Beschießung des Taku-Forts durch das Kanonenboot Itlis unter seinem Kommandanten Lans gekommen war. Bereits vor Jahren machte sich die benachbarte Freie Universität Berlin für die Umbenennung der entsprechenden Straßen in Dahlem stark. Daraus wurde und wird vorläufig auch nichts, wie die jüngsten Einlassungen des frisch gebackenen Fraktionsvorsitzenden in der BVV erkennen lassen. Drei Anfragen im Bezirksparlament Ende 2008, davon zwei von Herrn Hippe, haben den Bezirksverordneten und Bezirkspolitikern/innen sichtlich viel Erkenntnisgewinn und Freude bereitet. Vermutlich war es nicht die letzte Schlacht in der Frage der Umbenennung dieser Straßen. Spannend bleibt, wer beim nächsten Mal die Geschütze des Kanonenboots Itlis gegen das Fort Taku richten wird.

Zu guter Letzt:

Wie wir aus den Auseinandersetzungen von Herrn Hippe zum 8.Mai wissen, ist Herr Hippe »... nicht politisch korrekt und will es auch nicht sein« und er kennt die NPD-Positionen nicht (Die ZEIT, 14.4.2005). Beides ist allerdings von ihm einzufordern angesichts des vermehrten Auftretens der NPD auch in unserem Bezirk, so er denn den Ansprüchen an einen Fraktionsvorsitzenden gerecht werden möchte.

Sieglinde Wagner

Wie schräg ist die Schräge?

Abrutschen leicht gemacht: DIE LINKE diskutiert Alternativen zu Hartz IV

Erinnern Sie sich noch an Otto Waalkes' Wissenschaftler, der uns in einer Parodie aufs Schulfernsehen die Berechnung der Geschwindigkeit erklärte, bei der eine Vase, die einer auf ein schräges Brett gestellt hatte, ihrem vorzeitigen Ende entgegen rutschte? Er wies uns in den »Rutschfaktor SSST und den Aufprallfaktor BUMS« ein und fand die Formel: »je kürzer das SSST, desto eher das BUMS, desto schräger das BRTT«.

Seit der Einführung von Hartz IV sind wir die Vase, und das SSST ist drastisch verkürzt worden. Heute rutscht man binnen eines Jahres in die Armut, die überflüssigerweise auch noch mit Erniedrigung und Gängelung durch die Ämter verbunden ist. DIE LINKE ist sich einig: Dieser Zustand muss beendet werden.

Hartz IV muss weg – und was kommt dann?

Etwas weniger Einigkeit gibt es bei der Frage, was nach Hartz IV kommen soll. Das liegt an der unterschiedlichen Einschätzung, was an der Einführung von ALG II eigentlich das Schlimmste gewesen ist. Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhil-

fe auf dem Niveau der Sozialhilfe, also das massive Verarmungsprogramm? Die drastische Absenkung des »Schonvermögens«, wodurch Betroffene verpflichtet sind, fast alles etwa vorhandene Vermögen aufzubrauchen, bevor sie Hilfen beziehen dürfen, also das umfassende Enteignungsprogramm? Die Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I, also das Absturz-Beschleunigungsprogramm? Oder die erstmalige Einführung der strafweisen Kürzung der Leistungen auf Null, also das Aushungerprogramm?

Wie man sieht, weiß man kaum, wo man anfangen soll, wenn man Hartz IV abschaffen will. Die Linksfraktion im Deutschen Bundestag fordert die Erhöhung der Regelsätze für Leistungen und

Schonvermögen, Verlängerung der Bezugsdauer von ALG I, Verbesserung der Zumutbarkeitsregelungen und Freiwilligkeit bei Fortbildungen. Viele andere fordern außerdem die Abschaffung aller Sanktionsregelungen (also keine Kürzung von Leistungen bei mangelndem Wohlverhalten) und die Zielstellung auf Armutsverhinderung.

Denn das scheint eine grundsätzliche Frage zu sein, die DIE LINKE erst noch klären muss: Ist es das Ziel linker Politik, dass Armut in Deutschland der Vergangenheit angehört? Oder ist das Ziel, dass es möglichst lange dauert, bis man von der Mitte der Gesellschaft nach ganz unten durchgerutscht ist? Oder, anders ausgedrückt:

Wie schräg ist die Schräge?

Olaf Michael Ostertag

**Wahre Solidarität
ist mehr
als die Münze,
die man dem Bettler hinwirft;
sie ist nicht so zufällig und
gedankenlos. Sie kommt zu
der Einsicht, dass ein Haus,
das Bettler hervorbringt,
umgebaut werden muss.**
Martin Luther King

Auszug aus dem Aufruf zu den Bundesweite Demonstrationen in Frankfurt/M. und Berlin am Samstag, den 28. März 2009

»Wir bezahlen eure Krise nicht«

Wir wollen nicht länger zuschauen, wie erneut Politik zu unseren Lasten betrieben wird. Wir wollen uns dagegen wehren, dass die Krisenlasten erneut auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden. Wir wollen, dass die Verursacher der Krise und Profiteure der vergangenen Jahr zur Kasse gebeten werden und nicht die Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentner/innen, Schüler.

Fight Capitalism!

Hartz IV: Ein durchaus erfolgreiches und folgenreiches Programm.

Die Wirtschaftsinstitute zuletzt das DIW im Januar 2009 bestätigen regelmäßig in ihren Gutachten viertel-, halb- oder jährlich, dass die Reichen in Deutschland reicher und die Armen ärmer geworden sind.

Die Wirkungen und Nebenwirkungen sind allseits bekannt:

Kinderarmut, überschuldete Haushalte, steigende Inanspruchnahme der unentgeltlichen Versorgungsleistungen der »Tafeln«.

Dass die ganze Misere auch noch einen Ost-West-Aspekt hat, ergibt die neue Studie des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin/Brandenburg. Demnach haben hohe Arbeitslosigkeit, der Wertverlust vieler Immobilien in Ostdeutschland und die Hartz IV-Regelung, dass Langzeitarbeitslose vor der Inanspruchnahme staatlicher Leistungen erst ihre Ersparnisse aufbrauchen müssen, zu einer Schrumpfung von Vermögenswerten in

Ostdeutschland geführt.

Was tun fragt sich die Autorin:

Wie früher Pakete mit Tchibo Kaffee den lieben Brüdern und Schwestern in der Zone, Verzeihung, in die neuen Bundesländern schicken

Den Hartz IV-Satz erhöhen

Oder einfach im Grundgesetz Artikel 15 nachlesen, wie man's machen kann.

Da steht nämlich:

»Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zweck der Vergegesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.«

Die sozialistische Umgestaltung der Verhältnisse ist machbar, Herr Nachbar (Frau Nachbarin ist auch gemeint)

Fight Capitalism!

Sieglinde Wagner

Wahlkampfjahr 2009 – Ein Prolog

Mit über 300.000 eingereichten Unterschriften hat das Volksbegehren »Pro Reli« die quantitative Hürde zur Anstrengung eines Volksbegehrens deutlich übersprungen. In Berlin wird es daher vor den Wahlen zu Europaparlament und Bundestag noch einen dritten Wahlkampf geben.

Im Gegensatz zu manch anderslautendem Gerücht hat Berlin, was den Religionsunterricht an den Schulen angeht, nicht erst durch den rot-roten Senat, sondern bereits seit 1948 eine Sonderstellung (swb 04/2008): Seit damals schon ist Religion ein freiwilliges Unterrichtsfach. Es ist schon lange ein Anliegen der Amtskirchen, diesen Zustand zu beenden. Dass vor zwei Jahren das Pflichtfach »Ethik« neu eingeführt wurde, ist nun für viele ein willkommener Anlass, eine alte Fehde neu zu befeuern.

Dabei müsste eigentlich klar sein, dass die Stadtgesellschaft von Berlin so heterogen zusammengesetzt ist, dass sie, anders als, sagen wir, eine schwäbische Kleinstadt, einen Sonderstellungsanspruch der christlichen Religion nicht verträgt. Der im Verlauf der Unterschrif-

tenkampagne erfolgte Schulterschluss mit islamischen Organisationen sollte da aber nicht dazu verleiten, hier ein gutzuheißendes Einverständnis zu vermuten. Wenn sich Eltern aller unterschiedlichen Herkunftsgruppen darin einig sind, dass sie kulturellen Austausch ihrer Kinder mit anderen, gerade über ethische und religiöse Fragen, nicht wünschen, dann erzeugen sie die Konflikte der Zukunft. »We agree to disagree«, heißt das im Englischen harmlos – »wir stimmen darin überein, dass wir nicht übereinstimmen«. Aber das Nichtübereinstimmen ist ja gerade der Keim für schwerere Auseinandersetzungen. Der für alle gemeinsame Ethikunterricht ist da eindeutig die bessere Lösung.

Das können auch Christinnen und Christen so sehen. Stephan Frielinghaus, evangelischer Pfarrer am Französischen Dom, hat namens der Initiative »Christen Pro Ethik« dazu einen Kommentar im Tagesspiegel geschrieben. Er wurde daraufhin postwendend zum »Dienstgespräch« beim Konsistorium vorgeladen. Sofern die Landeskirche Demokratie so versteht, dass Minderheitsmeinungen nach Mehrheitsentscheidungen nicht mehr ver-

treten werden dürfen, stellt sie damit unter Beweis, wie dringend auch sie selbst Ethikunterricht bräuchte.

Die Meinung des Pfarrers, veröffentlicht im Tagesspiegel vom 2. Januar '09, ist jedenfalls die (Auszüge): »Mit vollem Pathos fordert Pro-Reli ‚Freie Wahl zwischen Ethik und Religion‘, eine Forderung, die sich bei näherer Betrachtung allerdings schnell als Eigentor entpuppt: Welcher Christ würde wohl ernsthaft glauben, zwischen Religion und Ethik wählen zu können? (...) Hätte das Volksbegehren Erfolg, würden sich Jugendliche künftig zwischen Ethikunterricht und Religionsunterricht entscheiden müssen, einen Sinn aber ergibt das nicht. (...) Wir halten es für richtig, dass der Senat ein Pflichtfach Ethik ab der 7. Klasse eingeführt hat, und wollen, dass es dabei bleibt. (...) Wir wollen nicht, dass die Berliner Schüler bei wichtigen Themen wie Lebensgestaltung, Ethik, Werten und Normen sofort nach Religionen, Konfessionen und Weltanschauungen in Gruppen und Grüppchen aufgeteilt werden. Wir wollen, dass es ein Schulfach gibt, in dem alle Schüler gemeinsam solche Fragen diskutieren können und müssen und dabei lernen, Toleranz und Dialogfähigkeit einzuüben, Konsens anzustreben und Dissens zu akzeptieren und auszuhalten. Dieses Schulfach ist das Fach Ethik.«

Dem ist nichts hinzuzufügen.

omo

Trotz alledem: Treitschkestraße umbenennen!

Stele zum Berliner Antisemitismusstreit eingeweiht



Die Aktion der »Initiative Treitschkestraße umbenennen« am 08. November fand beim Publikum reges Interesse und viel Resonanz. Viele fragten nach einer Unterschriftenliste um das Anliegen zu unterstützen.

Beschäftigte des Bezirksamtes am Rathaus Zehlendorf.

Auch die Umbenennungen von Straßennamen gehen den Bezirksmehrheiten nicht fix von der Hand. Jüngstes Beispiel: Der Dauerbrenner »Treitschkestraße«.

Einen Impuls setzte ein Bündnis aus Mitgliedern der SPD, der LINKEN und der »Initiative KZ-Außenlager Lichterfelde sowie der »Initiative Haus Wolfenstein« und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes am 8. und 21. November 2008. Am Vorabend des 60sten Jahrestages der Reichspogromnacht wurden Schloss- Ecke Treitschkestraße die Bürger/innen des Bezirks auf Schautafeln über das Gedankengut des Historikers Heinrich von Treitschke und seine Wirkungsgeschichte informiert. Die Aktion fand viel Zuspruch bei der Bevölkerung.

Am 21. November 2008, anlässlich der Aufstellung der Stele zum Berliner Antisemitismusstreit und der Einweihung des Harry Breslau Platzes (Harry Breslau war ein Gegenspieler Treitschkes beim Antisemitismusstreit) an der Treitschkestraße machte das Bündnis deutlich, dass es sich mit diesem »Sowohl als auch« nicht zufrieden geben wird.

In Abwandlung eines Treitschke-Auspruchs

Und es ertönte wie aus einem Munde:
Treitschkestraße umbenennen **S. W.**

Geduld ist die erste Tugend, die man benötigt, wenn man sich im Bezirk Steglitz/Zehlendorf der Erinnerungspolitik verschrieben hat.

Zu rechnen ist mit Jahrzehnten mindestens aber mit Jahren bei der Durchsetzung einer antifaschistischen Gedenkkultur: So bei der

Durchsetzung des Baus der Spiegelwand auf dem Hermann Ehlers Platz, der Errichtung einer Gedenksäule für das Außenlager des KZ-Außenlager Lichterfelde in der Wismarerstraße oder das Anbringen einer Tafel zur Erinnerung an mit der Machtübernahme entlassene und rassistisch und politisch verfolgte

Die Friedens-AG gedenkt der ermordeten Sinti und Roma

Die Fichtenberg-Oberschule am 27. Januar



Foto: E. Pfeiffer

Prof. Wippermann bei der Eröffnung der Ausstellung

Am 27. Januar 2009, dem Holocaust-Gedenktag, veranstaltete die Friedens-AG gemeinsam mit der Schulleitung in der Aula der Fichtenberg-Oberschule eine Gedenkfeier für die ermordeten Sinti und Roma. Gleichzeitig eröffnete Professor Wippermann die Ausstellung des Instituts für Risikobewertung, vormals Bundesgesundheitsamt, über die Rolle des Reichsgesundheitsamts und ihrer »Rassen- und Bevölkerungskundlichen Forschungsstelle« zwischen 1933 und 1945 bei der Erfassung und Ermordung dieser Opfergruppe.

Die Vorsitzende des Landesverbandes der

Deutschen Sinti und Roma Berlin/Brandenburg, Frau Petra Rosenberg, verdeutlichte in ihrer Ansprache die Gleichartigkeit des Völkermordes an den Juden/innen und den Sinti und Roma, ein lange geleugneter und zum Teil noch heute kontrovers diskutierter Tatbestand. Sie zitierte aus dem Buch ihres Vaters Otto Rosenberg, der in seinem Buch »Das Brennglas« über seine Kindheit im Zwangslager Marzahn und in Auschwitz berichtete. Er war eines der Opfer der Rassenhygienikerin Eva Justin, die am Reichsgesundheitsamt durch ihre Arbeit die Deportation und Ermordung der Sinti und Roma vorbereitete.

Das Jonny-Herzberg-Quartett sorgte für

den feierlichen musikalischen Rahmen der Veranstaltung.

Die Idee zu dieser Feierstunde und der Präsentation der Ausstellung in der Schule entstand aus einem Projekt der Friedens-AG, die sich seit über einem Jahr mit dem Thema beschäftigt.

Die Schülerin Paula Mittrowann schilderte, wie betroffen sie von der örtlichen Nähe des Ortes der Organisation des Völkermordes zu unserer Schule war. Sie wies auch auf die aktuellen Aspekte der weiterbestehenden Vorurteile gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe hin, über die sich die Friedens-AG bei ihrer letzten Fahrt zu den Landesverbänden in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg informierte. 2009 wird die AG nach Serbien reisen. Dabei werden unter anderem die Situation der Roma nach den Jugoslawien-Kriegen und die migrationsfeindliche Haltung der EU thematisiert.

Die Ausstellung ist bis Ende Februar im ersten OG der Fichtenberg-Oberschule zu sehen. Im Februar wird Frau Rosenberg vor Schülern/innen aus dem Buch ihres Vaters Otto Rosenberg lesen und mit ihnen diskutieren. Am 3. März hat die AG den Schulbuchexperten Reinhard Stachwitz eingeladen. Er hat über dreißig Schulbücher untersucht und stellte dabei fest, dass das Schicksal der Sinti und Roma bis heute dort kaum erwähnt wird.

Die Friedens-AG der Fichtenberg-Oberschule



Foto: S. Wagner

Der Südwestblick berichtete...

...über die Ausschreibung des Schlosspark-Theaters (Ausgabe 03/08). Mittlerweile hat Dieter Hallervorden, auch Betreiber der Wühlmäuse am Theo, den Zuschlag erhalten. Hallervorden will mit Beginn der Spielzeit 09/10, also ab September dieses Jahres, ein Programm mit zeitgenössischen französischen Dramen und Komödien spielen. Premierenregisseurin soll Katharina Thalbach sein. Wir gratulieren Herrn Hallervorden zu seinem Projekt und wünschen ihm und dem Schlosspark-Theater alles Gute für die Zukunft.

omo

Herzlichen Glückwunsch zum Internationalen Frauentag!

Eine besinnlich-kämpferische Betrachtung



Brot und Rosen

Wozu beglückwünschen wir Sie, euch, uns, Genossinnen der Freude und des Leidens, eigentlich?

Um die Situation der Frauen ist es in den letzten Jahren stiller geworden, während die Familien von der Politik durch Wahlgewinne z.B. Kindergelderhöhung oder Anhebung des steuerlichen Kinderfreibetrages viel umworben werden.

Woran liegt's?

Eine mögliche Erklärung könnte sein und sie wäre der Ausdruck eines Fortschritts, daß Frauen in Deutschland keiner gesetzlichen Fremdbestimmung, sei es in ihren privaten Lebensverhältnissen, sei es in ihrer Stellung in Staat, Gesellschaft oder Wirtschaft mehr unterliegen. So bietet z.B. das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz uns Möglichkeiten, juristisch gegen eindeutige Benachteiligungen vorzugehen. Zahlreiche paternalistische Bestimmungen im Straf-, Zivil- und Arbeitsrecht sind nach und nach entfallen. Auch ein Wandel der Einstellungen bezüglich der Berufstätigkeit von Frauen und Gleichberechtigung in Partnerschaften deutet sich an.

Impressum

südwestblick

Ausgabe 1/2009

die-linke-steglitz-zehlendorf.de

Herausgeber

DIE LINKE Berlin,
Kleine Alexanderstraße 28,
10178 Berlin

Redaktion

Redaktionskollektiv des
DIE LINKE, Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf,
V.i.S.d.P.: Sieglinde Wagner

E-Mail:

swb@die-linke-steglitz-zehlendorf.de
Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte
sinnwahrend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete
Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der
Redaktion.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 31. Januar 2009.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15. März

2008. Die nächste Ausgabe erscheint am 3. April 2009.

Druck: Druckerei Bunter Hund | Tel. (030) 441 37 37

Gestaltung: sternberg Media | Tel. (030) 42 85 20 88

südwestblick · 01/2009

Soweit das Positive.

Die Realitäten sehen jedoch etwas anders aus.

Frauen sind zeitlich insgesamt stärker belastet als Männer. Zusätzlich zur Berufsarbeit sind sie auch weiterhin für Hausarbeit, Kindererziehung und Pflegearbeit zuständig. Sie sind häufiger in Teilzeitarbeit, Mini- oder Midi-Jobs (mit den bekannten Nachteilen) erwerbstätig als Männer

Frauen verdienen weiterhin eindeutig weniger, selbst bei gleicher Qualifikation, als Männer. Besonders betroffen sind allerdings Frauen in geringfügiger Beschäftigung und alleinerziehende Mütter. In den letzten Jahren ist der Niedriglohnsektor auf 22 Prozent angestiegen. Mehr als zwei Drittel der Beschäftigten dieses Bereichs sind Frauen. (»WSI-Mitteilungen«, 8/2008, S. 423)

Teilzeitbeschäftigung, Mini-Jobs, diskontinuierliche Erwerbstätigkeit haben niedrige Rentenerwartungen und damit Altersarmut zur Folge.

Der Übername von Haushalts- und Familienpflichten kommen die »Neuen Männer« nur sehr zögerlich nach. Gleichberechtigte Partnerschaften sind eher noch mit der Lupe zu suchen.

Welche Konsequenz ziehen wir daraus?

Erstens muss die Gesellschaft existenzsichernde Arbeit gleichermaßen für Frauen und Männer mit oder ohne Kinder gewährleisten! Es gilt, die eigenständige Existenzsicherung der Frauen zu fördern.

Der Ausbau des Niedriglohnsektors durch die rot-grüne Bundesregierung 2003 durch vermehrte Mini- und Midi-Jobs und die Einführung der Hartz IV-Gesetzgebung haben eine dramatische Zunahme der Spaltung der Gesellschaft und weibliche Armut bewirkt.

Die Forderungen der LINKEN nach existenzsichernden Löhnen z.B. mit der Einführung von Mindestlöhnen ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Zweitens müssen Eltern von der finanziellen Verantwortung für die Betreuung und Erziehung ihrer Kinder weitgehend entlastet werden. Die Schaffung kinderfreundlicher Strukturen seien es Krippen, Kitas oder Gemeinschaftsschulen - Programm der LINKEN - steht auf der Tagesordnung.

Diese Maßnahmen sind ohne Umverteilung von Geld und Kapital nicht zu haben. Wir haben noch viel zu tun. Packen wir es an! Wir Frauen sind gefragt, nicht nur am 8. März 2009.

In diesem Sinne:

Herzlichen Glückwunsch zum Frauentag!

S. W.

Termine

Mittwoch, 18. Februar, 17.00 Uhr

BVV-Sitzung

Mit Bürgerfragestunde zu Beginn Bürgersaal im Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße 1/3

Sonntag, 22. Februar, 19.00 Uhr

Studienkreis

Thema: »Wir zahlen nicht für eure Krise!« Zur bundesweiten Demo am 28. März

Rote Insel, Feurigstraße 68

Mittwoch, 25. Februar, 19.00 Uhr

DIE LINKE Steglitz

Thema: »Mut zur Krise!«

Diskussionsabend

Steglitzer Wappen, Birkbuschstraße 87

Montag, 2. März, 19.00 Uhr

und 6. April, jeweils 19 Uhr

DIE LINKE Zehlendorf

Ortsteilgruppenversammlung

Kulturzentrum Mittelhof, Königstraße 42-43

Sonntag, 8. März, ab 12.00 Uhr

Zum Internationalen Frauentag

Infostand der LINKEN

Am U- & S-Bahnhof Rathaus Steglitz

Dienstag, 10. März, 19.30 Uhr

DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf: Öffentliche Mitgliederversammlung

Thema: »Aktiv werden gegen die Krise!« DIE LINKE und die Konjunktur

Mit Hasko Hüning (Otto-Suhr-Institut, FU) und Stefan Liebich (MdA, wirtschaftspol. Sprecher)

Rathaus Zehlendorf, Raum C22/23, Kirchstraße 1/3

Mittwoch, 11. März 19.00 Uhr

Podiumsdiskussion zum Thema

»Man muß von Arbeit leben können. Frau auch. Ohne existenzsicherndes Einkommen keine Emanzipation

Verdi Gewerkschaftshaus,
Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin

Mittwoch, 18. März, 17.00 Uhr

BVV-Sitzung

Mit Bürgerfragestunde zu Beginn Bürgersaal im Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße 1/3

Mittwoch, 25. März, 19.00 Uhr

DIE LINKE Steglitz

Ortsteilgruppenversammlung
Steglitzer Wappen, Birkbuschstraße 87

Dienstag, 14. April, 19.30 Uhr

DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf:

Öffentliche Mitgliederversammlung

Rathaus Zehlendorf, Raum C21,
Kirchstraße 1/3